LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

L A N D E S R A T
des
SAARGEBIETES.

IV. Wahlperiode/ 14. Sitzung.
2. Sitzungsperiode 1933

Stenographischer Bericht

über die am Dienstag,den 25.Juli 1933 im Neuen Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Saarbrücken stattgefundene Sitzung des Landesrates.

Vorsitzender Scheuer (Z)-St.Ingbert : Meine Dame und meine Herren! Ich eröffne hiermit die Sitzung (10 Uhr vormittags).

Die Regierungskommission ist vertreten durch die Herren:

Ministerialdirektor Kuchenbecker, als Staatskommissar;

Ministerialrat Dr. Lichthardt, als Vertreter des Regierungskommissars für Kultus-und Schulwesen;

Regierungsrat Meurer, als Vertreter des Regierungskommissars für das Versicherungswesen.

Von den Mitgliedern fehlen entschuldigt die Herren:

Levacher (Z)-Saarlouis; Kiefer (Z)-Saarbrücken.

Die

T a g e s o r d n u n g

liegt Ihnen vor. Sie umfaßt folgende Punkte:

Begutachtung der Verordnungsentwürfe betreffend:

1) Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen;

2) Milderung von Härten in der Sozialversicherung;

3) Abänderung der Verordnung über die Aufwertung der Ansprüche aus Pfandbriefen der Hypothekenbank vom 8.Oktober 1932;

4) Abänderung der zwischen der Regierungskommission und der Reichsregierung getroffenen Abrede über die Regelung der fürsorgerechtlichen Beziehungen zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Reichsgebiet(Amtsblatt 1926 Nr.420,Seite 196).

A4 I

Vorsitzender: Meine Dame und meine Herren! Am letzten Samstag ist in Berlin Geheimrat Dr. Friedberg gestorben. Der Verstorbene hat jahrelang im Auswärtigen Amt die Saarfragen behandelt. Viele Herren des Hauses sind mit ihm in Beziehung gekommen und haben ihn schätzen gelernt. Ich habe mich deshalb für berechtigt gehalten, dem Beileid des Hauses Ausdruck zu geben. Sie haben sich zum Zeichen der Trauer von Ihren Sitzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Wir kommen zu Punkt 1 der Tagesordnung betreffend:

Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen.

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

Vorsitzender: Zu sämtlichen Punkten der Tagesordnung hat der Herr Abgeordnete B a l t e s (NSDAP) einen schriftlichen Bericht vorgelegt. Dieser lautet:

B e r i c h t
==========

der 3., 6. und 8. Kommission des Landesrates
über die Beratung der Verordnungsentwürfe
betreffend

a) Abänderung der Verordnung über die Aufwertung der Ansprüche aus Pfandbriefen der Hypothekenbank vom 8. Oktober 1932;

b) Abänderung der zwischen der Regierungskommission und der Reichsregierung getroffenen Abrede über die Regelung der fürsorgerechtlichen Beziehungen zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Reichsgebiet(Amtsblatt Nr. 420 Seite 196);

c) Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen.

--

Die 3., 6. und 8. Kommission des Landesrates haben in ihrer gemeinsamen Sitzung vom 20.Juni ds.Js. die Vorlagen beraten und wie folgt dazu Stellung genommen:

Zu a): Abänderung der Verordnung über die Aufwertung der Ansprüche aus Pfandbriefen der Hypothekenbank vom 8.Oktober 1932.

Die Vorlage sieht eine Neufassung des § 4 der Verordnung betreffend Aufwertung von Hypothekenpfandbriefen (Amtsblatt 1932 Seite 535) dahingehend vor, daß die Frist zur Anmeldung von Ansprüchen aus entwerteten Pfandbriefen bis zum 30.November 1936 verlängert wird.

Alle Fraktionen stimmten der Vorlage bedenkenlos zu.

Die Kommunisten beantragen darüber hinaus eine Verlängerung der Fristen in den Fällen, für welche sie unterm 12.August 1932 Forderungen gestellt haben. Diese Forderungen der Kommunisten waren damals folgende:

a) Alle Aufwertungsbeträge von Gläubigern gegenüber solchen Leuten, deren Einkommen 2500.-Franken nicht übersteigt, werden durch die Regierungskommission abgegolten. Die hierzu notwendige Summe wird zur Verfügung gestellt.

b) Abgeltungen für Aufwertungsbeträge bei denjenigen Gläubigern und Schuldnern, die obenbezeichnete Einkommensgrenze nicht übersteigen, wird sowohl die Abgeltung aber auch der Zinsbetrag von der Regierung übernommen.

c)

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4 I

c) Aufwertungsbeträge, die Gläubiger mit einem Einkommen bis zu 2500.-Franken zu bekommen haben, sind abzugelten, wenn der Schuldner ein Einkommen hat von mehr als 30 000 bis 50 000 Franken im Jahr in drei Monatsraten; über 50 000 bis 100 000 Franken in monatlichen Raten, über 100 000 Franken per sofort. Gehen die Abgeltungsanträge oben genannter Gläubiger an Banken usw., so sind sie sofort abzugelten.

d) Der Zinsfuß 6 % wird für alle diejenigen Schuldner rückwirkend nicht in Anrechnung gebracht, deren Einkommen 2500.-Franken monatlich nicht erreicht, für solche mit Einkommen von über 30 000 bis 50 000 beträgt der Zinsfuß 3 %, von über 50 000 bis 80 000 4 1/2 %, über 80 000 bis 100 000 - 6 %, über 100 000 8 %, für Gläubiger, deren Vermögen 200 000 Franken übersteigt, wird für den von ihnen zu beanspruchenden Aufwertungsbetrag eine Sondersteuer von 10 % erhoben.

Zu b): <u>Abänderung der zwischen der Regierungskommission und der Reichsregierung getroffenen Abrede über die Regelung der fürsorgerechtlichen Beziehungen zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Reichsgebiet (Amtsblatt 1926, Nr. 420, Seite 196);</u>

Wie in der Denkschrift zu der Vorlage dargelegt ist, sieht die Vorlage lediglich eine Vereinfachung sowohl in der Rechtsprechung als in der verwaltungsmäßigen Durchführung vor. Sie bringt keine materiellen Änderungen des Fürsorgerechtes.

Zur näheren Begründung der Vorlage führte Ministerialdirektor Dr. Obé folgendes aus:

" Im Jahre 1920, als die Regierungskommission die Verwaltung des Saargebietes übernahm, wurden die Beziehungen der Armenverbände des Saargebietes zu denen des Reiches abgeschnitten. Es fand daher kein gegenseitiger Kostenersatz mehr statt. Dieser Zustand war auf die Dauer untragbar,da ständig Beziehungen zwischen dem Reich und dem Saargebiet vonstatten gingen. Infolgedessen wurde eine Abrede mit dem Deutschen Reiche getroffen, die eine solche Regelung vorsieht. Als Grundlage dieser Abrede dienten die Abschnitte C und D der deutschen Fürsorgepflicht-Verordnung. Im Jahre 1931 und 1932 wurden durch Notverordnungen verschiedene Abänderungen dieser Abschnitte getroffen, sodaß eine gleichmäßige Rechtsprechung nicht mehr möglich war.

Die deutsche Regierung hat von den in den betreffenden Notverordnungen stattgefundenen Änderungen der Regierungskommission Mitteilung gemacht und zur Vermeidung eines doppelten Rechtes gebeten, die Abrede des Jahres 1926 zu ergänzen und die im Reich vorgesehenen Änderungen zu übernehmen.

Es handelt sich bei der Vorlage lediglich um eine Vereinfachung sowohl in der Rechtsprechung als auch in der verwaltungsmäßigen Durchführung, ohne daß materielle Änderungen des Fürsorgerechts dadurch hervorgerufen werden.

In

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12 A4 I

In der Kommission wurden zu der Vorlage keine Bedenken geäußert, lediglich die Kommunisten behalten sich vor, im Plenum Anträge einzubringen.

Zu c): Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen.

Auf die Frage in der Kommission, wie die Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen vorgenommen wird, erklärte Ministerialrat Dr. Lichthardt den Zustand, wie er bisher gültig war und wie er durch die Vorlage geändert werden soll.

Die Vorlage sehe vor, daß die Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen so geändert werde, daß die Lehrerschaft mit einer größeren Zahl in den genannten Körperschaften vertreten sein wird. Ferner sieht die Vorlage vor, daß die Lehrerschaft ihre Vertreter selbst wählt.

Diese Änderungen machen eine Abänderung der §§ 44, 45, 47, 50 und 51 des Volksschulunterhaltungsgesetzes vom 28. Juli 1906 nötig.

Im übrigen stellt der Entwurf im allgemeinen eine Rechtsangleichung an die Verhältnisse in Preußen dar.

Zentrum und Sozialdemokraten erklären, daß sie der Vorlage keine Bedeutung mehr beimessen, da dieselbe schon 1920 in Preußen eingeführt und längst von der Lehrerkammer gefordert worden sei.

Die Kommunisten erklären, daß sie das Stimmrecht der Geistlichen ablehnen und sich vorbehalten, im Plenum entsprechende Anträge einzubringen.

Im übrigen behalten sich sämtliche Fraktionen ihre endgültige Stellungnahme bis zum Plenum vor.

Die Kommission wünscht, daß eine Debatte über die Vorlage im Plenum stattfindet.

B e r i c h t

der III. und VII. Kommission des Landesrates über die Beratung des Verordnungsentwurfes betreffend

Milderung von Härten in der Sozialversicherung.

Die 3. und 7. Kommission haben in ihrer gemeinsamen Sitzung am 30. Juni ds. Js. die Vorlage beraten und wie folgt dazu Stellung genommen:

Wie die der Vorlage beigegebene Denkschrift besagt, handelt es sich hier um die Übernahme einer reichsgesetzlichen Bestimmung, durch welche Härten in der Sozialversicherung gemildert werden. Es sind damit solche Härten gemeint, die entstehen, wenn eine Rente aus der Invaliden-, der Angestellten- und der knappschaftlichen Pensionsversicherung

neben

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4

neben Bezügen aus den Reichsversorgungsgesetzen oder neben Bezügen aus versicherungsfreier Beschäftigung zum Ruhen gebracht worden ist. Der Entwurf sieht nun vor, daß ein Teil jeder Rente dem Versicherten verbleiben soll, die bisher unter Umständen ganz wegfiel.

Die Kommission war der Ansicht, daß diese Milderungen von Härten sich auch auf die Unfallrenten erstrecken müßten.

Die Stellungnahme der Kommission war folgende:

Die Vertreter des Zentrums, der Nationalsozialisten und der Deutsch Bürgerlichen Mitte stimmen der Vorlage zu.

Die Sozialdemokraten stimmen der Vorlage zu, beantragen aber darüber hinaus, daß diese Milderungsbestimmungen gleichzeitig auf die Unfallrenten ausgedehnt werden.

Die Kommunisten stimmen der Vorlage zu und behalten sich vor, im Plenum folgende Anträge zu stellen:

1. Aufhebung aller Rentenkürzungen;
2. Aufhebung der Ruhensvorschriften für nebeneinanderlaufende Renten;
3. Wiedergewährung aller entzogenen Renten;
4. Erhöhung der Renten aus allen Zweigen der Sozialversicherung entsprechend dem Existenzminimum;
5. Als Vollrente für Unfallverletzte den vollen Jahresarbeitsverdienst;
6. Volle Heilfürsorge für alle Sozialrentner und ihre zuschlagsberechtigten Angehörigen;
7. Wiederherstellung der Anwartschaftbestimmungen nach dem Stande vom 1.Dezember 1931;
8. Herabsetzung der Invaliditätsgrenze von 66 2/3 % auf 50 %.
9. Herabsetzung der Grenze zur Erreichung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre;
10. Aufhebung der Krankenschein-und Rezeptgebühr;
11. Krankengeld für die Dauer der Krankheit in Höhe des Arbeitsverdienstes eines Vollarbeiters der Berufsgruppe, der der Kranke angehört;
12. Gewährung voller Familienhilfe;
13. Freie Arztwahl für die Versicherten, Beseitigung des Vertrauensarztsystems;
14. Uneingeschränkte Krankenbehandlung;
15. Volle Heilmittelleistung, ebenso Prothesen und voller Zahnersatz;
16. Freie Wahl der Heilmethoden, soweit diese auf gesundheitswissenschaftlicher Grundlage beruhen und von Ärzten oder geprüften Heilkundigen angewandt werden;

17.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

17. Sicherstellung der Leistungen der gesamten Zweige der Sozialversicherung durch Reichsmittel, Aufbringung der Mittel durch die Unternehmer im Umlageverfahren;

18. Völlige Selbstverwaltung der Sozialversicherung durch den von den Versicherten zu wählenden Verwaltungsausschuß.

Die Kommission empfiehlt dem Plenum die Annahme der Vorlage.

Wir beginnen mit Punkt 1 der Tagesordnung betr.:

Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen.

Ich erteile hierzu dem Sprecher des Zentrums, Herrn Abgeordneten Martin das Wort!

Abg. Martin (Z): Meine Dame und meine Herren! Im Namen der Zentrumspartei, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, der Deutsch-Saarl. Volkspartei, der Partei der Deutsch-Bürgerlichen Mitte habe ich folgendes vorzubringen:

"Gegen die vorliegende Verordnung betreffend Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen haben wir keine politischen Bedenken; denn sie entspricht dem allgemeinen Wunsche der Bevölkerung, die rechtlichen Verhältnisse des Saargebietes denen des Reiches und der Länder anzupassen. Wir wundern uns nur, daß diese Vorlage so spät gekommen ist und zwar zu einem Zeitpunkt, wo nach der Neuwahl der Gemeindevertretungen die Schuldeputationen und Schulvorstände eben erst neu gebildet worden sind. Wir legen deshalb auf die Einführung dieser Verordnung keinen Wert mehr.

Wir hatten auch gewünscht und den Antrag gestellt, die Lehrer als Schöffen an den Jugendgerichten zuzulassen. Das ist uns zwar mehrmals zugesagt worden. Nachdem aber kürzlich die Neuwahl der Schöffen und Geschworenen stattgefunden hat, ohne daß eine entsprechende Vorlage unterbreitet noch verabschiedet war, legen wir auch auf diese Verordnung keinen Wert mehr. Auf die völlige Rechtsangleichung wollen wir bis 1935 warten.

Zur schulpolitischen Lage

ist folgendes zu sagen:

Der Druck, der auf saarländischen Bergleuten lastet, wirkt ungehindert weiter; er hat sogar noch zugenommen. Noch immer ist die französische Schule der Ausgangspunkt vieler Beschwerden, werden Versprechungen gemacht, Kündigungen in Aussicht gestellt und mit Entziehung besserer Posten gedroht, wenn es gilt, für französische Schulen zu werben oder Anmeldungen an deutsche Schulen rückgängig zu machen. In diesem

Zusammenhang

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4 I

Zusammenhang werden uns besonders der französische Schuldirektor Schillinger und der französische Lehrer Waegemaecker in Ludweiler genannt. Ich habe bei Herrn Minister Zoricic diese unzulässige Werbung zur Sprache gebracht und hoffe, daß sie endlich unterbleibt. Dieselben Herren aus Ludweiler verstehen es ausgezeichnet, jeden Verdacht von sich abzuwälzen, indem sie selbst Beschwerde führen über schlechte Behandlung französischer Schüler in der Kirche und ihrer werten Person durch deutsche Lehrer.

Aus Ludweiler wird uns auch berichtet, daß der Bergmann Hollinger nur deshalb entlassen worden sei, weil er anläßlich der Verbreitung eines Flugblattes, das vor dem Besuch der französischen Schule warnte, in der Unterhaltung mit Koloniebewohnern erklärte:" Jedes deutsche Kind gehört in die deutsche Schule!" Daß Hollinger nur aus diesem Grunde entlassen wurde, bestätigte die Verhandlung des Sicherheitsausschusses mit der Grubenverwaltung. Da Hollinger 8 Kinder hat, durfte ihm aufgrund der Abmachung zwischen Gewerkschaften und Bergwerksdirektion garnicht gekündigt werden. Die Grubenverwaltung hat aber rundheraus erklärt, die Domanialschule sei eine Nebenanlage der Grube, und sie könne niemand beschäftigen, der ihre Arbeiter bedrohe. Als ob die Behauptung Hollingers eine Bedrohung darstelle! Auch diesen Fall habe ich Herrn Minister Zoricic vorgetragen. Hoffentlich hören wir noch davon!

Ein weiterer Fall: Ein Schulleiter sollte Ostern 1932 Rektor werden, weil der Ort eine sechste Klasse erhielt. Lediglich weil der Fortbestand der Klasse nicht hinreichend gesichert erschien, so versicherte Herr Direktor Dr. Colling in einem Briefe, unterblieb die Ernennung zu Ostern 1932. Herr Minister Zoricic selbst hat uns vor einem Jahr erklärt, die Beförderung werde erfolgen, sobald sich Ostern 1933 erwiesen habe, daß die Schülerzahl bleibe. Obwohl nun die Schule zu Ostern 1933 bedeutend zugenommen hat, sodaß sogar die Errichtung einer neuen Klasse beantragt war, ist bis heute die Beförderung des Schulleiters unterblieben. Wir haben den Fall erneut dem Herrn Minister vorgetragen und warten auf den Entscheid.

Wie schwer es auch dem letzten Bergmann gemacht wird, seine Kinder der deutschen Schule zuzuführen, beweist das Schicksal derjenigen Bergleute, die mutig und aufrecht der Stimmung ihres Blutes und ihres Gewissens gefolgt sind.

Die Bergleute in Ludweiler, die seinerzeit gegen die Schulspeisung an der französischen Schule gestimmt haben, sind restlos entlassen worden. Auch die Bergleute in Jägersfreude, die sich damals gegen den Druck zugunsten der französischen Schule beschwerten, haben sämtlich ihre Entlassung erhalten. Natürlich wird ein anderer Grund vorgeschoben. Wer schützt nun diese Leute ?

Die französische Schule hat sich zu einem Geschwür am deutschen Volkskörper entwickelt. Sie spaltet unsere Schuljugend, trennt die Gemeinschaft der Erwachsenen, trägt Feindschaft in Familie und Gemeinde, setzt Behörden in Bewegung und ist ein dauernder Unruheherd. Daß dann eine vergiftete Atmosphäre entsteht, daß Schulkinder einander verprügeln und gegenseitige Beschuldigungen erhoben werden, ist nicht verwunderlich. Verwunderlich ist nur, wie man die Schuld einseitig bei einem Volksteil suchen kann. So rühmenswert das Verhalten zahlreicher leitender Franzosen ist, denen die Aufgabe der französischen Schule, deutsche Schulkinder ihrem Volkstum zu entfremden, ein Greuel ist, so tadelnswert ist das Verhalten zahlreicher französischer Lehrer. Es sind wahrlich nicht alle die besten, die zu uns

in

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4 I

in die "Kolonie" kommen. Man fragt sich nur verwundert, warum die Franzosen bei der anerkannten Erfolglosigkeit ihrer Bemühungen ihre Schulen nicht schon längst aufgegeben haben. Fürchten sie, daß sie bei Aufgabe des Druckes auch noch das eine Prozent saarländischer Schulkinder verliert?

Wenn man eine ehrliche Verständigung mit Deutschland will, dann ziehe man zuerst diesen Pfahl aus dem deutschen Volkskörper heraus. Die übrigen Aufgaben, die es zu lösen gilt, sind dann nur einfache Rechenaufgaben !

(Bravo - Rufe !)

LA Saarbrücken

Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Sommer!

Abg. Sommer (KP): Meine Dame und meine Herren! Eine sehr viel umstrittene Frage ist die Schulfrage. Sehr viele, insbesondere die heutige „Deutsche Front" haben die Schulfrage dazu benützt als besonderes Argument der Verhetzung der Bevölkerung. Die Regierungskommission als solche versucht, nachdem die letzte Wahl gezeigt hat, daß 84 000 Wähler in der Front des Klassenkampfes stehen, uns zu benachteiligen. Wir als Kommunisten wissen, daß die Schule nicht mehr und nicht weniger ist, als eine Schule der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, der Heiligkeit des Privateigentums und des Profits. Nach der neuen Vorlage können wir feststellen, daß die Mehrheit der Schulvorstände, Schuldeputationen und Schulkommissionen gebildet wird von den besoldeten Elementen und von dem Verwaltungsapparat. Wir als Kommunisten haben unsere Anträge vorliegen und wir beantragen, daß die Wahl der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen aus den Reihen der schulpflichtigen Kinder vorgenommen wird. Nur so wird es möglich sein, in Wirklichkeit eine Vertretung zu schaffen, und zwar verlangen wir, daß die gewählten Vertreter das Recht haben zu bestimmen.

Weiter beantragen wir die kostenlose Belieferung von Lern-und Lehrmitteln.

Ferner haben wir einen Antrag eingebracht betreffend Ausbau der Schulspeisung.

Wenn man von der Deutschen Front darauf hinweist, daß die Domanialschulen und die Bergwerksdirektion besondere Maßnahmen anwendet, so möchte ich darauf hinweisen, daß die "Deutsche Front" kein Recht dazu hat, über diese Dinge zu klagen und zu jammern, denn sie war es, die der Bergwerksdirektion erlaubt hat, die Schulen einzurichten. Sie hat weiter einschließlich der Sozialdemokraten ermöglicht, das Lohn-und Lebensniveau der Arbeiterschaft zu senken. Sie war es gewesen, die keinen Kampf gegen Lohnabbau und Feierschichten geführt hat. Ich erinnere Sie daran, daß Ihre Geistlichen an den französischen Schulen Unterricht erteilen gegen ein gutes Honorar und gegen freie Belieferung von Kohlen und Licht. Dann darf man sich nicht gegen die französischen Schulen wenden. Auf der anderen Seite betreibt man eine Judenverfolgung und beschäftigt sich damit, wie .groß die Hakennase des Juden ist. Man erzählt der Jugend nicht das wesentliche, was ihr dienlich wäre, sondern man betreibt in Wirklichkeit eine Vorbereitung für den späteren Dienst als Soldaten. Das sind die Methoden, die man in der Schule anwendet. Ferner sind im Saargebiet, seitdem die Regierungskommission hier ist, nicht weniger als 40 Kirchen erbaut worden und es geht das Gemunkel, daß die Bergwerksdirektion sehr stark daran beteiligt ist. So sehen die Dinge aus und nicht anders. In Grube Velsen erbaut die Grubenverwaltung einen Altar, ein deutscher katholischer Geistlicher gibt Unterricht, erhält dafür ein Honorar, und man sagt auf der anderen Seite, wie es in Heiligenwald passiert ist:das sind Landesverräter. Man ist aber interessiert daran, daß sie in die Kirche gehen, Kirchensteuern bezahlen, und sie beten zu einem Herrgott, Landesverräter und andere.

Und wenn einmal, meine Herren von der Rechten oder von der "Deutschen Front" die Geheimarchive geöffnet werden über das Saargebiet, so werden die Arbeiter darüber staunen, welchen Verrat sie erlitten haben in der Schulfrage sowie in allen anderen Fragen, wo man sagen kann: die Herren der "Deutschen Front" waren es, die zusammen mit der Regierungskommission die Arbeiterinteressen im Saargebiet verschachert haben.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4

162

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lieser !

Abg. Lieser (SP): Meine Dame und meine Herren! Über die Schulfrage im Saargebiet ist in diesem Hause schon soviel gesprochen worden, daß ich mich im Namen meiner Partei darauf beschränken kann, einige kurze Ausführungen zu machen zu der Vorlage, wie sie heute von der Regierungskommission dem Landesrat vorgelegt worden ist. Es ist zwar nicht auffallend, aber doch bezeichnend, daß in der heutigen Sitzung ein Sprecher der "Deutschen Front " hervortreten konnte. Meine Herren! Es kann sein, daß Sie sich einbilden, daß Sie durch die Bildung der "Deutschen Front " bessere Deutsche geworden sind. Aber wir wehren uns mit Entschiedenheit dagegen, als schlechtere Deutsche bezeichnet zu werden.

Herr Martin, als Sprecher der "Deutschen Front" hat erwähnt, und dem haben wir auch immer zugestimmt, daß möglichst die deutschen Gesetze auch im Saargebiet zur Ausführung kommen sollen.

Mit der Vorlage 1 ist die Regierungskommission reichlich spät gekommen, eigentlich zu spät. Denn das,was die Regierungskommission im Landesrat verlangt, ist im Dritten Reich nicht mehr möglich. Denn drüben haben die gewählten Vertreter gar nichts mehr zu sagen. Eine Person bestimmt, was zu tun und zu lassen ist. Ich meine, das sollten die Herren von der Deutschen Front schon gemerkt haben, wie der Wind geht.

13 Jahre hat man gebraucht, um eine Verordnung vorzulegen, die schon im Jahre 1920 drüben in Preußen Gesetz geworden ist, und ausgerechnet, nachdem die letzten Kommunalwahlen hinter uns liegen, legt man dem Landesrat diese Vorlage vor. Man tut ganz unschuldig und wir befürchten mit den Kommunisten, daß die neue Verordnung, wenn sie einmal Gesetz ist, dazu ausgenutzt wird, um sie zu Ungunsten der Linken im Saargebiet zu handhaben und deshalb lehnen wir diese Vorlage ab.

(Zurufe der Linken: Sehr richtig !)

Es ist bei dieser Gelegenheit auch über die französische Schule gesprochen worden.

Meine Herren! Wir haben immer erklärt, wenn eine Einrichtung - mag sie heißen wie sie will - dazu benutzt wird, auf die Arbeiterklasse einen wirtschaftlichen Druck auszuüben, daß diese Einrichtung zu verwerfen ist und wir waren immer dagegen und wir sind auch heute noch dagegen. Aber wenn Sie, meine Herren von der Deutschen Front, sich das Recht nehmen, über die französischen Schulen zu jammern, dann nehmen wir uns das Recht, auch einmal über die deutsche Schule berechtigte Kritik zu üben. Heute scheint es Mode geworden zu sein in der deutschen Schule, daß man die höchste Aufgabe darin sieht, daß man den jungen Menschen als Militaristen erzieht und es ist mir gerade gestern von Oberbexbach gemeldet worden, daß der Lehrer Braun anscheinend seine höchste Aufgabe darin sieht, den Schulkindern das Horst-Wessel Lied und das Deutschlandlied beizubringen. Wir wenden uns gegen Kriegshetzerei, wir wenden uns gegen den Militarismus, der sich die Schule erobern will.

Zu den Angriffen des Abgeordneten Lorenz auf die freien Gewerkschaften will ich nur bemerken, daß diese sich gegen jeden Lohnabbau energisch zur Wehr gesetzt haben und sich auch weiter zur Wehr setzen. Die freien Lehr-und Lernmittel in den Schulen haben wir von jeher gefordert und wir können daher den kommunistischen Antrag unterstützen.

Das ist unser Gutachten zu der Vorlage.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

163

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Staatskommissar!

Staatskommissar Kuchenbecker: Meine Dame und meine Herren! Die Regierungskommission hat mich beauftragt, Ihnen nachfolgende

E r k l ä r u n g

bekanntzugeben und Ihre Aufmerksamkeit auf die darin enthaltenen Zahlen zu lenken.

" Gegenüber den Behauptungen, nach welchen die französische Bergwerksdirektion durch Ausübung von Druck ihre Angestellten angeblich zwingt, ihre Kinder in die Domanialschulen zu senden, genügt es, folgende Tatsachen festzustellen:

Zu Ostern 1933 waren in den deutschen Volksschulen des Saargebietes insgesamt 121 259 Kinder eingeschult. Die französische Bergwerksdirektion beschäftigt 47 951 deutsche Angestellte und Arbeiter. Hingegen wird die französische Domanialschule insgesamt von 2 814 saarländischen Kindern besucht, von denen eine größere Anzahl Kinder von Eltern sind, die in keinerlei Dienstverhältnis oder Abhängigkeit gegenüber der Bergwerksdirektion stehen. Eine einfache Gegenüberstellung dieser Zahl erbringt den besten Beweis für die Unhaltbarkeit der Behauptung über das Bestehen eines Druckes seitens der Bergwerksverwaltung."

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Martin!

Abg. Martin(Z): Zu der abgegebenen Erklärung möchte ich bemerken, daß die Bergwerksdirektion jedes Jahr eine derartige Erklärung abgibt, aber sie hat anscheinend bis jetzt ihre Lehrer nicht angewiesen, diese Hausbesuche zu unterlassen.
Ich habe wieder eine Reihe von Zeugnissen von Bergleuten, welche bei mir waren, und die bereit sind, die Sache zu beschwören.

Vorsitzender: Damit ist die Vorlage erledigt.
Wir kommen nun zu den Vorlagen 2, 3 und 4. Zu diesen Vorlagen liegt ein schriftlicher Bericht vor.
Ich erteile hierzu dem Abgeordneten Gärtner das Wort.

Abg. Gärtner (Z): Meine Dame und meine Herren! Im Namen der Deutsch-Saarländischen Volkspartei, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter Partei, der Bürgerlichen Mitte und des Zentrums habe ich folgendes auszuführen:
Wir verweisen auf die Fragen, die in der Sitzung der Kommission gestellt worden sind, die auf die 3 vorliegenden Vorlagen Bezug nehmen. Im Protokoll sind die Einzelheiten, die einzelnen Fragen, nicht festgehalten worden, die wir in der Sozialen Kommission aufgeworfen haben. Da sie jedoch der Regierungskommission bekannt sind, erwarten wir, daß die Regierungskommission diesen Fragen ihre Aufmerksamkeit schenkt und diesen Fragen Rechnung trägt.
Wir verweisen ferner auf eine Eingabe der Christlichen Gewerkschaften an die Regierungskommission bezüglich der Erwerbslosenfürsorge. Bei der praktischen Durchführung der neuen Erwerbslosenfürsorge haben sich ungeheure Härten eingestellt, und diese Härten sind in dieser Denkschrift, in dieser Eingabe niedergelegt. Wir machen uns diese Eingabe zu eigen und erwarten auch hier, daß die Regierungskommission

alles

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12 A4 1

alles tut, damit diese ungeheuren Härten, die da zu Tage treten, bei der praktischen Durchführung beseitigt werden.

Die Vorlagen 3 und 4 sind laut Protokoll als angenommen betrachtet worden und damit ist unsere Erklärung abgegeben.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Frisch !

Abg. Frisch (KP): Zu Punkt 3 der Tagesordnung hat die Kommunistische Fraktion zu sagen, daß wir im vorigen Jahre verschiedene Anträge gestellt haben, und daß wir verlangten, daß für die in diesen Anträgen vorgesehenen Kategorien die Frist für Schuldner und Gläubiger auf unbegrenzte Zeit verlängert wird.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung betr.:

> Abänderung der zwischen der Regierungskommission und der Reichsregierung getroffenen Abrede über die Regelung der fürsorgerechtlichen Beziehungen zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Reichsgebiet (Amtsblatt 1926 Nr. 420 Seite 196),

haben wir folgendes zu sagen: In der heutigen Zeit des Niederganges der Wirtschaft überhaupt, wo ein noch im Betriebstehender heute nicht weiß, ob er morgen noch geregelte Arbeits-und Einkommensverhältnisse hat, oder ob er den Marsch zur nächsten Fürsorge antreten muß, trifft dieser Zustand besonders schwer ausländische Arbeiter, wenn sie in das Erwerbslosenverhältnis geraten. Wenn sie jahrelang Werte und Profite geschaffen haben, Steuern bezahlt haben, hat man ihnen die Selbsternährungsmöglichkeit genommen, man hat sie rechtlos gemacht. Es erfolgt nicht selten die Ausweisung als lästiger Ausländer, oder zum mindesten hat er keinen Anspruch auf die Fürsorge, die ohnehin schon äußerst schlecht ist. Es kam sogar schon vor, daß deutsche Arbeiter, die über 5 Jahre hier ansässig waren und noch länger, nach erfolgter Erwerbslosigkeit ausgewiesen wurden, oder zum mindesten größte Schwierigkeiten zum weiteren Verbleib gemacht wurden.

Diese vorgelegte Verordnung, die die fürsorgerechtlichen Beziehungen zwischen dem Reich und dem Saargebiet regeln soll, veranlaßt uns, insoweit der Verordnung zuzustimmen, als dieselbe die gegenseitige Fürsorgepflicht vorsieht. Alle anderen evtl. Maßnahmen, die aufgrund allgemeiner finanzieller fürsorgerechtlichen Verschlechterungen des andern Landes für den Fürsorgeberechtigten entstehen, lehnen wir ab. Wir fordern, unabhängig, ob eine solche Abmachung mit einem Staat getroffen wird oder nicht, daß ein jeder, der arbeits-oder erwerbslos wird, oder auf irgendwelche Art hilfsbedürftig wird, Anspruch auf Arbeits-, Wohlfahrts-bezw. Armenunterstützung hat, gleich welchen Alters, Geschlechts und Nationalität.

Besonders weise ich bei dieser Verordnung auf folgende Tatsache hin: Viele Deutsche, die von der sogenannten deutschen Regierung verfolgt werden, halten sich im Saargebiet auf. Bis tief in die bürgerlichen Kreise hinein gehen die Verfolgungen, und die fast täglichen Meldungen über Erschießungen und Folterungen beweisen, daß diese politischen Emigranten unmittelbar mit dem Tode bedroht sind, wenn sie in die Hände dieser braunen Blutbestien fallen.

Da diese von der Familie verjagten und gehetzten Menschen auf die Mildtätigkeit der Saareinwohner angewiesen sind, fordern wir, daß denselben nicht nur das Asylrecht,

<u>sondern</u>

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

sondern auch das Fürsorgerecht anerkannt wird, darüber hinaus, daß aus staatlichen Mitteln Aufenthalts-und Verpflegungsräume zur Verfügung gestellt werden.

Bei der Beratung dieser Verordnung in der Kommissionssitzung wies der betreffende Regierungsvertreter darauf hin, daß durch die Inkraftsetzung dieser Verordnung den politischen Emigranten die Inanspruchnahme der öffentlichen Fürsorge gesichert wäre.

Wir machen jetzt immer häufiger die Feststellung, daß die Verfolgungen dieser Flüchtlinge nicht an der Saargrenze aufhören, sondern daß mitten im Saargebiet terroristische Überfälle auf Emigranten zu verzeichnen sind, daß selbst große Teile der Saarpolizei direkte Verbindungen mit den faschistischen Terrorbanden unterhalten, wo z.B. festgestellt ist, daß in Schiffweiler eine Sitzung stattfand, zu der abgeblendete und von SA bewachte reichsdeutsche Autos, sowie Motorräder vorfuhren, an welcher Sitzung uniformierte Polizisten teilnahmen. Es ist dies der Beweis, daß nur die werktätige Bevölkerung an der Saar demantifaschistischen Massenselbstschutz entgegentreten kann.

Folgender Fall beweist auch, daß die saarländische Polizei auf dem Sprungbrett steht, die Emigranten an die braunen Terrorbanden auszuliefern. Die Polizei in Landsweiler bestellt Emigranten in die Wohnung und teilt ihnen im Auftrag der Regierungskommission mit, daß sich dieselben bis zum 1.August aus dem Saargebiet zu entfernen haben, weil sie der öffentlichen Wohlfahrt zur Last fallen.

- Glocke des Vorsitzenden -

rsitzender: Herr Abgeordneter Frisch, Ihre Ausführungen fallen mehr unter die allgemeine Aussprache. Ich bitte Sie,halten Sie sich an die Tagesordnung.

g. Frisch fortfahrend: Diese faschistischen Maßnahmen der Saarpolizei gegen die Emigranten und Werktätigen an der Saar rufen verstärkt die Antifaschisten zum Kampf gegen Faschismus und Terror.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung betr.:

Milderung von Härten in der Sozialversicherung

haben wir folgendes zu sagen:

Diese Ende Februar von der Reichsregierung aus rein agitatorischen Gründen und Stimmenfang herausgegebene Verordnung, die sozialreaktionären Taten nach der Machtübernahme beweisen das hundertprozentig,veranlaßt uns, eine Rei he von Forderungen für die Kriegs-und Arbeitsopfer einzubringen. Die kaum nennenswerten Verbesserungen, sowie die geringe Anzahl von Rentnern, die unter diese Verordnung fallen und der überaus große Notzustand in tausenden Familien verlangen eine eminente Verbesserung der Renten und Pensionen. Ich kann mich wegen der Kürze der Redezeit nicht speziell mit jeder Einzelheit der Forderungen befassen, aber eins will ich besonders betonen, die fortgesetzten Verschlechterungen gerade auf sozialem Gebiet, die vielen Notverordnungen, die gerade die Kriegs-und Arbeitsrentner betroffen haben, haben große Teile von denen, denen man den Dank des Vaterlandes versprochen hat, zu einem absoluten Hungerleben verdammt, sogar vollständiger Rentenentzug bei sehr vielen war die Tatsache. 90 Prozent Kriegsrentnern hat man alles genommen. Und die braune Terrorregierung, die

<u>Aufhebung</u>

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4 I

Aufhebung der Notverordnung innerhalb 24 Stunden versprochen hat, betreibt den direkten und indirekten Abbau weiter. Man könnte mir Übertreibung vorwerfen, wenn nicht die Tatsache dem gegenüber stände und nicht in Ausnahmen, sondern ich möchte behaupten, hier liegt System in der Methode, scheinbar nach dem Motto des Nationalsozialisten und Nationalfaschisten Ernst Mann, daß derjenige, der nicht selbst Ernährungsmöglichkeit hat, der dem Staat zur Last fällt, doch zu der Waffe des Selbstmordes greifen soll. Wir Kommunisten empfehlen den Sozialrentnern einen anderen Weg zu gehen und andere Waffen, die ihnen Leben und Existenz garantieren. Einer der vielen Beweise, wie rigoros man den Kriegsbeschädigten abgebaut hat. Einem 90 % Kriegsbeschädigten von Landsweiler, der aufgrund der Kriegsbeschädigung nicht nur körperlich stark gelitten, sondern auch geistig in einem solchen Zustande ist, daß er dauernd einer zweiten Person zur Aufsicht bedarf, hat man die gesamte Rente genommen. Dieser bedauernswerte Mensch muß von seiner Mutter, die Bergarbeiterwitwe ist und selbst Hungerbezüge hat, unterhalten werden. Dieser 90 % ige oder besser gesagt 100 % ige Kriegsinvalide bezieht von der Gemeinde Landsweiler Armenwohlfahrtsunterstützung. Das beleuchtet so richtig die sogen. Menschen-und Sozialrechte und das sogar von dem sogenannten Sozialstaat. Die Saarregierung hat diesen Kriegs-und Arbeitsopfern neuerdings einen Kongress verboten und hat diesen Menschen das Recht genommen, im Saargebiet zusammenzukommen, also in gewissem Sinne das Koalitionsrecht beschränkt. Sie verbietet entrechteten Menschen,daß sie Forderungen auf Leben und Existenz stellen, und da spricht man noch von Freiheit an der Saar.

Bei dieser sozialpolitischen Vorlage möchte ich nicht unterlassen, gegen die Durchführung jener sozialpolitischen Verordnung, die am 1.Juli durch die Regierungskommission in Kraft gesetzt wurde und über hunderttausend Menschen mit Familienangehörigen absoluten Hunger diktiert, schärfstens protestieren. Das ist die Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge, die das Lebensniveau einer großen Volksschicht an der Saar dermaßen herabdrückt, daß die von dieser Verschlechterung Betroffenen sich mit einer allzu berechtigten Erbitterung tragen müssen. Will man uns bei vollen Scheunen verhungern lassen? Die Scenen, die sich jetzt an den Stempelstellen und Arbeitsämtern abspielen, und besonders die tausende hungrigen Kinder, denen die Hungerzüge in frühester Jugend anzusehen sind, klagen eine ganze Gesellschaft an. Die Auswirkungen solcher Verordnungen - 10 bis 12 % direkter Abbau der Erwerbslosenbezüge, 15 % für Miete, Wasser und Licht, dazu noch Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft mit ihren Folgen ist ein 27 % iger Abbau, das Verbot jeglicher Sonderzuwendungen, gleichbedeutend jeglicher Hilfe, letzten Endes kommt dazu auch noch die Brotverteuerung um 10 %, die besonders die unteren Volksschichten trifft, weil Brot gerade das Haupternährungsmittel für sie darstellt. Alle diese Verschlechterungen reden laut von dem Not- und Hungerzustand in den Mansarden und Kellerräumen, die meistens schon jahrelang darben, bei denen Wäsche und Kleider zerrissen sind und die Mittel zur Neuanschaffung fehlen. Dazu kommt noch, daß laut Verordnung die Erwerbslosen zur Pflichtarbeit gezwängt werden. Es ist keine Seltenheit, daß sogar in Gemeinden dazu übergegangen wird,die Erwerbslosen dazu zu benutzen, um die bankerotten Kommunaletats etwas zu balanzieren. Auf die Art und Weise versucht man, durch Pflichtarbeit Neuanlagen, wie Wegebau in Heiligenwald, oder wie in Oberthal auf diese Weise Heizung und Wasserleitung in die Kirche zu legen.

Durch Streiks und in Versammlungen haben die

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

Erwerbslosen ihre berechtigte Empörung zum Ausdruck gebracht und Aufhebung oder Zurücknahme der Verschlechterungen sowie tarifmäßige Bezahlung jeglicher Arbeit verlangt. Die Antwort der Regierungskommission oder ihrer Organe waren Verbote von Versammlungen, und besonders das äußerst brutale Vorgehen der Polizei gegen die demonstrierenden Frauen und Kinder zeigt, daß man den Charakter und das soziale Verständnis der Saarregierung kaum noch verstehen kann.

Die Kommunistische Landesratsfraktion erhebt hiermit den schärfsten Protest gegen solchen brutalen Polizeiterror und stellt fest: Von dieser Art saarländischer Demokratie bis zum offenen Faschismus ist nicht mehr sehr weit.

Und wenn ich zum Schluß auf eine Kategorie Fürsorgeberechtigte besonders hinweise, und zwar auf die Ortsarmen, die auf Gedeih und Verderb den zum größten Teil bankrotten Gemeinden anheimgestellt sind, weil die Bezüge dieser Armsten einfach katastrophal sind-besonders bei den Landgemeinden - es kommt nicht von ungefähr, daß gerade aus dieser Kategorie zum größten Teil die buchstäblich zerlumpten bettelnden Kinder herkommen.

Wir verlangen, daß aus staatlichen Mitteln den Gemeinden Zuschüsse gegeben werden, damit die Bezüge der Ortsarmen auf die Höhe unserer Anträge gesetzt werden können.

Alle die Maßnahmen, die zur Verelendung der werktätigen Bevölkerung führen, und insbesondere die schlechte Lage der Sozialrentner, beweisen: Mit Hunger und Not gegen die Werktätigen hält die herrschende Gesellschaft ihre Machtposition und stellt die Arbeiterklasse vor die große Aufgabe, die Karl Marx ihr gestellt hat: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk ihrer selbst sein.

Die Kommunistische Fraktion bringt zu den einzelnen Vorlagen folgende Anträge ein:

a) A n t r a g

zur Vorlage betr.: Milderung von Härten in der Sozialversicherung.

1) Sofortige Aufhebung aller Rentenkürzungen.

2) Aufhebung der Ruhensvorschriften für nebeneinanderherlaufende Renten.

3) Wiedergewährung aller entzogenen Renten.

4) Erhöhung der Renten aus allen Zweigen der Sozialversciecherung auf mindestens 600.-Franken im Monat, für alle zuschlagsberechtigten Angehörigen 150.-Frs.

5) Als Vollrente für Unfallverletzte den vollen Jahresarbeitsverdienst.

6) Volle Heilfürsorge für alle Sozialrentner und ihre zuschlagsberechtigten Angehörigen.

7.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4

7) Wiederherstellung der Anwartschaftsbestimmungen nach dem Stande vom 1.Dezember 1931.

8) Herabsetzung der Grenze zur Erreichung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre.

9) Herabsetzung der Invaliditätsgrenze von 66 2/3 auf 50 %.

10) Aufhebung der Krankenschein-und Rezeptgebühr.

11) Gewährung des Krankengeldes für die Dauer der Krankheit in Höhe des Arbeitsverdienstes eines Vollarbeiters der Berufsgruppe, der der Kranke angehört.

12) Gewährung voller Familienhilfe.

13) Freie Arztwahl für die Versicherten, Beseitigung des Vertrauensarztsystems.

14) Uneingeschränkte Krankenbehandlung.

15) Volle Heilmittelleistung, ebenso Prothesen und voller Zahnersatz.

16) Freiwahl der Heilmethoden, soweit diese auf gesundheitswissenschaftlicher Grundlage beruhen und von Ärzten oder geprüften Heilkundigen angewandt werden.

17) Sicherstellung der Leistungen der gesamten Zweige der Sozialversicherung durch Mittel der Regierung, Aufbringung der Mittel durch die Unternehmer im Umlageverfahren.

18) Völlige Selbstverwaltung der Sozialversicherung durch von den Versicherten zu wählenden Verwaltungsausschuß.

Für die Wohlfahrtsempfänger und Kleinrentner fordert die Kommunistische Fraktion:

a) Die Fürsorgeunterstützungssätze betragen: für den Hauptunterstützungsempfänger 150.-Franken pro Woche, für jeden unterhaltspflichtigen Angehörigen 30.-Franken pro Woche.

b) Krankenhilfe bestehend aus ärztlicher Hilfe bei freier Ärztewahl in der Lieferung von Heil-und Pflegemittel aller Art, Krankenhausbehandlung und Wochenhilfe.

c) Pflegezulage bestehend in Erstattung des vollen Aufwandes Körperbehinderten(Heilmittel für Blinde,Krüppel usw.).

d) Jedwede Rückerstattungspflicht für Fürsorgeleistungen ist zu beseitigen.

e) Für die Durchführung der Fürsorge jeglicher Art sind von der werktätigen Bevölkerung zu wählende Ausschüsse zu bilden, in denen die Fürsorgeberechtigten maßgebenden Einfluß besitzen.

f) Privaten oder kirchlichen Wohlfahrtsorganisationen darf keinerlei Durchführung der Wohlfahrtsfürsorge übertragen oder gestattet werden.

LT Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4 I

b) A n t r ä g e

zur Vorlage betr.: Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen.

a) Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen werden gebildet aus gewählten Vertretern(innen) aus den Reihen der schulpflichtigen Kinder. Die Wahl erfolgt im jährlichen Turnus.

b) Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen wählen aus ihrer Mitte Vertreter in die unter a) genannten Körperschaften in einer solchen Zahl, daß die absolute Mehrheit der durch Elternwahl (siehe unter a) gewählten Vertreter garantiert ist.

c) Personen, die wie unter a) und b) festgesetzt, nicht Mitglieder der unter a) genannten Körperschaften werden, dürfen weder mit Stimmwahl noch mit beratender Stimme irgendwelche Tätigkeit in diesen Körperschaften ausüben.

d) Die so gewählten, unter a) genannten Körperschaften haben volles Entscheidungsrecht in allen die Schule betreffenden Fragen ohne Einschränkung.

e) Die Regierungskommission hat dem Landesrat sofort eine Vorlage vorzulegen, die die Wahl von Eltern und Schulräten und ihre Rechte als öffentlich-rechtliche Körperschaften gesetzlich vorsieht und garantiert.

f) Die Regierungskommission verpflichtet alle Kommunalbehörden die kostenlose Belieferung von Lehr-und Lernmitteln einzuführen. Die den Kommunen daraus entstehenden Kosten trägt die Regierung. Ebenso ist zu handhaben die Einführung der Schulspeisung.

---

c) A n t r ä g e

betr.: Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge.

1) Die am 1.Juli in Kraft getretene Erwerbslosenfürsorgeverordnung ist in allen ihren Teilen sofort außer Kraft zu setzen. Bereits eingehaltene Unterstützungsbeträge sind an die Betreffenden ohne Verzug zurückzuzahlen.

2) Die von der Kommunistischen Landesratsfraktion eingebrachten Anträge betreffend das Asylrecht im Saargebiet sind unverzüglich zur Durchführung zu bringen.

3) Die von der Kommunistischen Landesratsfraktion dem Landesrat vorgelegten Gesetzesvorlage betr. Amnestiegesetz in vom Präsidenten der Regierungskommission mit Gesetzeskraft sofort zu erlassen. Ebenso die von der Kommunistischen Fraktion eingereichte Vorlage betreffend Bergarbeiterschutzgesetz.

-

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4 I

170

d) A n t r ä g e

1) Der Landesrat beschließt: Die Regierungskommission wird aufgefordert, alle Maßnahmen zu ergreifen, um alle Saarländer, welche im Reich inhaftiert worden sind durch Faschisten auf freien Fuß zu setzen.

2) Der Landesrat beschließt: Die Regierung wird aufgefordert, für alle im Saargebiet befindlichen politischen Emigranten werden von der Regierungskommission geeignete Räume zur Unterkunft und Verpflegung sowie Küchenräume zur Verfügung gestellt.

3) Der Landesrat beschließt: Die Regierungskommission wird aufgefordert, das bestehende Demonstrations-und Versammlungsverbot gegen die proletarischen Organisationen ab sofort aufzuheben.

e) A n t r a g

zu Punkt 2 der Tagesordnung betr.:

Milderung von Härten in der Sozialversicherung.

a) Erwerbslosen, Wohlfahrts-und Armenunterstützung ist zu zahlen an alle, die arbeitslos, erwerbslos oder sonstwie hilfsbedürftig sind, ohne Unterschied des Alters, des Geschlechts und der Nationalität, sowie ohne Rücksicht auf den Unterstützungswohnsitz oder Aufenthaltsdauer und ob die Heimatgemeinde den Rückzahlungsverpflichtungen nachkommt oder nicht.

b) Gemäß dem früher schon gestellten Antrag der Kommunistischen Fraktion (betreffend Erweiterung des Asylrechts) sind die proletarischen politischen Emigranten in die Erwerbslosen-und Armenfürsorge mit allen Rechten einzubeziehen. Alle unter a) entgegenstehenden Bestimmungen und Verabredungen sind außer Kraft zu setzen.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

rsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Petri!

g. Petri(SP): Meine Dame und meine Herren! Die Vorlage 2 sieht eine kleine Milderung von Härten in der Sozialversicherung vor. Diese Verordnung ist im Reich ab 1.April ds.Js. bereits durchgeführt worden, wenn auch durch die Anlässe, wie sie mein Vorredner betont hat. Man sollte erwarten können,daß auch im Saargebiet, wo die Regierungskommission den Verschlechterungen der Reichsregierung auf dem Fuße folgte, auch mit Verbesserungen mit derselben Schnelligkeit eingesetzt hätte. In der Vorlage sind nicht alle Bestimmungen enthalten. Die Verordnung hat noch zwei weitere Artikel, danach wird die Kinderzulage und Waisenrente bis zum fünfzehnten Lebensjahr auf das sechzehnte Lebensjahr erhöht. Wir halten es für selbstverständlich, daß auch im Saargebiet die Artikel 2 und 3 übernommen werden. Bedauerlich ist, daß die Unfallrentner von diesen Milderungsbestimmungen ausgeschlossen sind. In der Bestimmung des Reichspräsidenten ist dies nicht berücksichtigt. Sind diese Unfallrentner, die ihre Knochen geopfert haben, denn Staatsbürger zweiter Klasse. Nicht nur in der vorliegenden Verordnung, sondern auch durch die im Jahre 1932 durchgeführte Notverordnung wurden die Unfallrentner, wenn sie gleichzeitig Pension und Invalidenrente bezogen, in unerhörter Weise in ihren Bezügen beschnitten. Auch in steuerlicher Hinsicht wird der Unfallrentner nicht gleichwertig behandelt. Wir halten es für selbstverständlich, daß dem Unfallrentner dieselben Vergünstigungen zuteil werden sollen. Wir stehen mit tausenden Sozialrentnern in Erwartung der sozialen Erneuerung aus dem Dritten Reich. Nachdem die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter Partei die Staats- und Wirtschaftsmacht in Händen hat, kann man mit dem Sozialismus ja anfangen. Versprechungen sind reichlich gemacht worden. Die Notverordnungen, die unter Brüning und von Papen eingeführt wurden, bestehen nach sechsmonatiger Regierungszeit des Herrn Hitler noch weiter, obwohl er versprochen hat, daß sie nach ihrer Machtergreifung sofort aufgehoben werden. Die Sozialrentner pochen mit Recht darauf, daß ihre Bezüge wieder hergestellt werden auf der Grundlage von 1930. Diese sind in erster Linie von der Reichsregierung vorzunehmen, der die Regierungskommission folgen müßte. Ausreden, daß die finanziellen Mittel nicht aufgebracht werden können, werden nicht mehr gläubig aufgenommen. Es sind doch Mittel vorhanden, um im Dritten Reich Fackelzüge, Paraden und Feuerwerke zu veranstalten. Tausende Parteibuchbeamte mit hohen Gehältern auszustatten und den Staatsräten mit 1000 RM. Aufwandsentschädigung zu zahlen und den bankrotten Großagrariern staatliche Subventionen zu gewähren. Für alle diese Ausgaben haben die Sozialrentner kein Verständnis. Die vorliegende Verordnung bedeutet Tropfen auf heiße Steine. Es muß mehr geschehen, um den Opfern des Weltkrieges und den Opfern der Arbeit ihre Lebensexistenz zu gewährleisten.

Unser

G u t a c h t e n

zu der Vorlage lautet zustimmend. Wir beantragen jedoch die Unfallrentner mit einzuschließen,desgleichen die Artikel 2 und 3 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 18.Februar 1933 mit aufzunehmen.

Gleichzeitig stellen wir den Antrag an die Regierungskommission, um für die durch die Einführung der neuen Erwerbslosenfürsorge-Bestimmungeh eingetretenen Härten eine Gesetzesänderung vorzunehmen. Eine große Anzahl Erwerbsloser

ist

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4

172

ist ja ausgeschlossen, die ebenfalls ein Anrecht darauf haben müßten. Ein großes Unrecht ist es aber auch, daß die Pensionäre weit unter den Ausschlußsätzen bleiben, wenn sie bei Einführung der neuen Bestimmungen keine Wohlfahrtsunterstützung bezogen. Ich weiß bestimmte Fälle, wo Pensionäre mit 40 Dienstjahren und 56 Lebensjahren eine monatliche Pension von 351.-Franken beziehen. Die Invalidenrente "wird" versagt. Die noch bestehenden 50 % Arbeitskraft erhalten bei dem überfüllten Arbeitsmarkt keine Arbeit, um noch etwas zu der geringen Pension zu verdienen. Die Wohlfahrtsunterstützungssätze überschreitet er mit seiner Pension, deshalb ist er von der Wohlfahrtsunterstützung ausgeschlossen. Somit verbleibt ihm nach Abzug der Miete für sich und seine kranke Frau ein Betrag von 250.-Franken monatlich. Würde ihm die Erwerbslosenunterstützung zugesprochen werden in der Differenz zwischen Ausschlußsatz und Pension, so würde ihm wenigstens der gute Wille des Gesetzgebers gezeigt werden. Auch muß ich heute wieder darauf hinweisen, daß bisjetzt für die Bergarbeiter nichts geschehen ist in der Kurzarbeiterfürsorge. Die Bergarbeiter, welche seit 1930 über 220 Feierschichten mit über 8,5 Tausend Franken Lohnverlust je Mann durch die Wirtschaftskrise zu tragen haben, sind zu der bedürftigsten Berufsgruppe im Saargebiet geworden. Seit Jahren werden sie vertröstet, daß in der Kurzarbeiterfürsorge eine andere Regelung vorgenommen würde. Bei 8 bis 10 Feierschichten bekommen die Leute oft keine Kurzarbeiterunterstützung, weil die Wartezeit nach den Monatsschichten keine Berücksichtigung findet. Deshalb ist die Wartezeit nach Monatsschichten in das Gesetz aufzunehmen. Wir hoffen, daß dies als letzter Hinweis genügt und die Regierungskommission veranlaßt, die berechtigten Forderungen zu erfüllen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf die Zinsgebarung bei den saarländischen Banken hinweisen. Während die kommunalen Sparkassen den Zinssatz auf 6 % ermäßigt haben, gibt es eine Anzahl Banken, die immer noch 9 % nehmen. Diese Zinslast können die Arbeiter mit Feierschichten nicht tragen. Alle Banken zahlen an die Einleger 2 bis 3 1/2% Zinsen was nicht im Einklang steht, wenn für Darlehen bis zu 9 % genommen werden. Wir beantragen, daß die Regierungskommission in dieser Frage nach dem Rechten sieht und anordnet, daß über 6 % Zinsen nicht mehr genommen werden dürfen.

Den Vorlagen 3 und 4 geben wir unsere Zustimmung.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Detjen!

Abg. Detjen (KP): Meine Dame und meine Herren! Ich möchte an die Regierungskommission die Frage richten, ob es wahr ist und richtig, daß Beamte der Regierungskommission und zwar von der Abteilung Sozialversicherung das Gebaren einiger Leute unterstützen, das dahin geht, daß im Krankenhaus Rastpfuhl Radium nicht zur Verwendung gebracht werden darf. Herr Dr. Erbsen vom Reppersbergkrankenhaus setzt sich hinter diese Beamten, um lediglich aus Rentabilitätsgründen es dahin zu bringen, die weitere Beschaffung von Radium zu versagen. Das Krankenhaus Reppersberg hat sich erboten, daß sich die Kosten, wenn die weitere Anschaffung von Radium versagt wird, nur noch auf ein Sechstel dessen belaufen, was das Krankenhaus Reppersberg in Rechnung stellte. Ein Beispiel dafür: Eine Behandlung, die 12000.-Franken kosten sollte, wird jetzt im Reppersbergkrankenhaus für 2000 Franken gemacht. Dabei waren doch früher bare 10 000 Franken verdient. Es kann nicht zugegeben werden, daß man die Krankheit zu solchen Objekten ausnützt.

Ferner stelle ich die Anfrage, ob es Tatsache ist, daß die Regierungskommission entschieden habe, daß nur ein Krankenhaus zugelassen werden soll, das Radium führen darf. Die Dinge liegen so, daß das Krankenhaus Rastpfuhl Radium wieder abgeben mußte an den Verkäufer. Wir verlangen, daß hier Abhilfe geschaffen wird.

Weiter stellen wir die Anfrage, ob dieselbe Stelle sich ebenfalls damit befaßt, daß sie den Klinikzwang für Zahnhilfe aufhebt. Diese Dinge liegen im Bestreben des Ärzteverbandes und des Krankenkassenverbandes im Saargebiet. Wir verlangen, daß uns Auskunft gegeben wird, und wir werden als Kommunisten unseren Kampf in der Öffentlichkeit einsetzen, um gegen derartige rigorose Maßnahmen ankämpfen zu können.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

Staatskommissar Kuchenbecker: Diese Anfragen waren nicht angemeldet, weshalb ich heute keine Antwort darauf erteilen kann.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

orsitzender: Das Wort Hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

bg. Schmelzer(DSV): Meine Dame und meine Herren! Im Namen der Zentrumspartei, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, der Deutsch-Saarländischen Volkspartei und der Partei der Deutsch-Bürgerlichen Mitte habe ich folgendes vorzutragen:

"Die Regierungskommission sagt in der von ihr bekanntgegebenen Erklärung ausdrücklich!

" Die Abstimmung hat frei und ohne jeden Zwang zu erfolgen, woraus sich ergibt, daß jedermann das Recht hat, für seine Überzeugung einzutreten und für sie zu werben. Es ist damit selbstverständlich, daß jede politische Betätigung im Saargebiet, welche sich im Rahmen der Gesetze mit der einen oder anderen der durch den Friedensvertrag vorgesehenen Lösungen befaßt,gleichmäßig gestattet ist und unter dem Schutze der Staatsgewalt steht."

Bei dieser politischen Werbung kommt der Presse eine ganz besondere Aufgabe zu. Freiheit der politischen Werbung bedeutet daher vor allem weitgehendste Freiheit der Presse. Soweit überhaupt Beschränkungen der Pressefreiheit erfolgen, dürfen diese nur unter den Gesichtspunkten geschehen, wie sie sich aus dem besonderen Charakter des Saargebietes als Abstimmungsland ergeben. Der Landesrat ist durchaus der Meinung, daß die Regierungskommission in der Presse Aufforderungen zu Gewalttätigkeiten und zur Unruhestiftung nicht dulden darf. Noch weniger wie die Regierungskommission grobe Beschimpfungen von Mitgliedern der französischen und englichen Regierung dulden würde, darf sie es geschehen lassen, daß gewisse Presseorgane die Mitglieder der deutschen Reichsregierung ständig in gröbster Weise beschimpften, diese dauernd als Verbrecher bezeichnen usw. Die Verpflichtung, dagegen einzuschreiten, erwächst der Regierungskommission schon deshalb, weil sie als Beauftragte des Völkerbundes nicht dulden darf, daß die Regierung eines Mitgliedes des Völkerbundes in derartiger Weise beschimpft wird, zumal wenn es sich um das Land handelt,zu dem sich die Saarbevölkerung mit nur ganz verschwindend geringen Ausnahmen bekennt.

Auf der anderen Seite jedoch darf der saarländischen Presse auch nicht das Recht der sachlichen Kritik an der Saarregierung, ihren Beamten und ihren Maßnahmen verweigert werden. Die Saarregierung hat für viele Maßnahmen der Saarregierung in den letzten Monaten keinerlei Verständnis aufbringen können; das ist in der saarländischen Volksvertretung mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht worden. Die Saarpresse muß aber auch ihrerseits die Möglichkeit haben, ungeschminkt das zu sagen, was die Bevölkerung über die Maßnahmen der Saarregierung denkt. Die nationale Saarpresse hat bewiesen, daß sie durchaus gewillt und in der Lage ist, trotz der großen Erregung der Bevölkerung über diese Maßnahmen ihre Kritik im sachlichen Rahmen zu halten. Es liegt ihr völlig fern, die Öffentlichkeit aufzuhetzen oder zu Gewalttätigkeiten aufzureizen. Die Saarpresse macht in ihrer überwiegenden Mehrheit kein Hehl daraus, daß sie vorbehaltlos für die Rückkehr der Saar zu Deutschland eintritt. Eine andere Haltung kann niemand von ihr erwarten oder gar verlangen. Ihre Auffassung deckt sich vollkommen mit der überwältigenden Mehrheit der Saarbevölkerung. Es darf in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß sich bei der letzten Wahl zum Landesrat kein einziger Kandidat zur Wahl gestellt hat, der nicht bereit war, für die Rückgliederung der Saar nach Deutschland einzutreten.

<u>Bei</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12 A4

Bei dieser eindeutigen Lage der Dinge kann die Saarpresse nicht umhin, das zu sagen, was die rein deutsche Bevölkerung von ihr verlangt. Bisher hat die nationale saarländische Presse im Bewusstsein ihrer Verantwortung ihre Kritik in einem Rahmen gehalten, der ihr in einem Abstimmungsgebiet zugestanden werden muß, wenn nicht die Rechtsgrundlagen für die Abstimmung erschüttert werden sollen. Trotzdem sind eine Reihe von Zeitungsverboten erfolgt, von denen nur die nationale Presse betroffen wurde. Diese Presse wird dadurch unter einem Druck gehalten, der mit dem Saarstatut nicht in Einklang gebracht werden kann. Eben so wenig ist es mit dem Saarstatut zu vereinbaren, daß eine Reihe reichsdeutscher Druckschriften für d a u e r nd von der Verbreitung im Saargebiet ausgeschlossen worden sind. Der Landesrat kann sich zwar schon auf Grund der Vorgeschichte des Saarstatuts und auf Grund des eindeutigen Charakters der Saarbevölkerung nicht die These der Regierungskommission zu eigen machen, daß es sich bei der Volksabstimmung um drei völlig gleich zu wertende Partner handelt. Trotzdem wird der Landesrat niemals die Forderung erheben, daß etwa die französische Presse auch nur teilweise aus dem Saargebiet ausgeschaltet werden müßte, auch wenn diese häufig genug die Gefühle der Saarbevölkerung auf das empfindlichste verletzt. Noch viel weniger darf eine Ausschaltung reichsdeutscher Presseerzeugnisse erfolgen, wenn nicht der Eindruck einer einseitigen Politik der Regierungskommission hervorgerufen werden soll. Die Parteien der deutschen Front des Landesrates richten daher an die Regierungskommission den dringenden Appell, unter diesem Gesichtspunkt die Verbote einer Nachprüfung zu unterziehen und beschleunigt aufzuheben.

Weiter ersuchen die Parteien der deutschen Front des Landesrates die Regierungskommission um eine Erklärung, daß sie, wie es bei dem Charakter des Saargebietes notwendig ist, in Zukunft gewillt ist, von sich aus in weitgehendstem Umfang der Presse das Recht der freien Meinungsäußerung auch über Vorgänge im Saargebiet zuzubilligen."

(Bravo- Rufe !)

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4 I

176

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lorenz !

Abg. Lorenz (KP): Meine Dame und meine Herren! Namens der Kommunistischen Fraktion will ich in der politischen Aussprache folgendes zum Ausdruck bringen. Ich will nicht versäumen, den Arbeitern und den gewerblichen Mittelständlern im Saargebiet die sogenannte "Deutsche Front" vordemonstrieren in ihrem wahren Gesicht. Ich will die Vertreter dieser "Front" vorstellen, so wie wir Kommunisten sie sehen und erinnere in der heutigen Sitzung als erstes an die Sitzung des Landesrates vom 19.September 1932. In dieser Sitzung - es war sechs Tage nach den Kommunalwahlen -, da trug sich folgendes Intermezzo zu zwischen Herrn Schmoll und Herrn Schmelzer: Herr Schmelzer führte damals in der Polemik gegen Herrn Schmoll aus: "Herr Schmoll, über Ihre Tätigkeit in Saargemünd bei Herrn Poincaré ist noch nicht das letzte Wort gesprochen" und heute gehören beide gemeinsam in die sogenannte "Deutsche Front". Zu einer zweiten Feststellung in dieser Sache folgendes: Wenn der preußische Ministerpräsident Göring zur Zentrumspartei sagt, sie seien die schwarzen Halunken. Und wenn man bedenkt , daß Zentrumsarbeiter in München von denjenigen, mit denen die Zentrumsführer heute gemeinsam in der sogenannten "Deutschen Front" stehen, blutig geschlagen wurden, so müssen wir als Kommunisten klar und eindeutig sagen:Das ist der ungeheuerlichste Verrat der Zentrumsführer an den christlichen Arbeitern. Es haben sich die gefunden, die sich finden mußten und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die "Deutsche Front" der Sammelausdruck für die Parteien ist, vom Zentrum bis zu den Nationalsozialisten, die stets arbeiterfeindlich gewesen sind und es auch bleiben.

Meine Herren vom Zentrum, Sie wollen heute Deutsche sein, Sie wollen sich vor der Bevölkerung aufspielen als die Betreuer des Deutschtums an der Saar. Ich erinnere Sie noch einmal daran, meine Herren vom Zentrum, Ihre Partei wäre doch bereit gewesen, das Saargebiet für 20.000 Franken an Frankreich zu verschachern. Wie heißt es denn in dem Protokoll von jener Sitzung am 19.Juni 1919? Es heißt darin: "Angesichts der großen Verdienste Ludwig XIV. um das Saargebiet - weil er dem Saargebiet einmal 20 000 Franken gegeben hat- sind wir Frankreich zu Dank verpflichtet und man möge aus dem Saargebiet einen autonomen Staat machen unter der Hegemonie Frankreichs". Und heute sagen Sie:" Wir sind die Deutsche Front".

Eine weitere Frage ist die der nationalen Verhetzung und im Zusammenhang damit muß man sich die Leute einmal ansehen, und es ist sehr wichtig, wenn man sich sie betrachtet unter dem Gesichtspunkt, wie soll unter Führung der "Deutschen Front" das Leben der Arbeiter sich gestalten ?

(Die Abgeordneten der Deutschen Front verlassen den Sitzungssaal)

(Zurufe von links: Sie gehen schon stiften!)

(Zuruf des Abg. Hey(KP): "Auszug der Kinder Israels!")

Wenn die Leute wie Röchling, wie Schmelzer, wie Becker und Schmoll, die Industriekönige, Großausbeuter und die Hauspaschas glauben, daß sie die Arbeiter im Saargebiet in ihre faschistische "Deutsche Front" führen könnten, so täuschen sie sich.

Was

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4 I

Was hat es in Deutschland bis jetzt gegeben für die deutschen Arbeiter, für den werktätigen Mittelstand ? Ich will es Ihnen sagen aus berufenem Munde. Vor drei Tagen war ich in Deutschland und da sagte mir ein Arbeiter: "Man verspricht uns viel, aber von dem Versprochenen ist bis jetzt für die Arbeiter in Deutschland nur in den Zeitungen etwas zu lesen, in die Tat umgesetzt worden ist bisher nichts, aber auch nicht das Geringste. In Wirklichkeit ist unser Leben heute schlechter als es war, selbst im Monat Januar ds.Js.

Und ein Angehöriger des werktätigen Mittelstandes, ein kleiner Boutiker sagte mir auf meine Frage, "nun wie geht es ?", es ging früher mit dem Güterzug, aber seit Januar geht es mit dem D-Zug und zwar so, daß alles, was die früheren Regierungen uns noch ließen und das war schon sehr wenig, das wird uns jetzt auch noch genommen. Und ein Bauer, den ich gesprochen habe, erklärte mir, daß er schon unter den früheren Regierungen es nicht gut hatte, aber daß er es jetzt viel schlechter habe, trockenes Brot, sehr oft kaum Kartoffeln zu essen habe. Er sprach seine Verwunderung darüber aus, wie eine solche Regierung dazu komme, eine Spende, eine Sammlung für die "notleidenden Brüder" in Rußland zu organisieren.

"Jawohl", sagte er, "es wäre viel notwendiger zuerst einmal für uns in Deutschland zu sammeln. Wir sind doch kaum noch imstande, einen Schoppen Milch für uns zu verbrauchen. Und ich sage, das sind die Zustände, wie sie die Deutsche Front will. Die Deutsche Front , das sind diejenigen, die eine solche Kultur, die dieses Lebensniveau der Arbeiter, Bauern und Mittelständler in Deutschland und im Saargebiet verewigen wollen. Arbeiter, Bauern und Mittelständler setzen sich jedoch in ständig wachsendem Maße zur Wehr. Und wie antwortet man darauf ? Welche Maßnahmen trifft man ? Es vergeht kein Tag, es vergeht keine Gerichtssitzung, in der die Antwort der Regierung an das kämpfende Proletariat und an den werktätigen Mittelstand nicht gegeben wird. Todesurteile, jahrelange Gefängnisstrafen. Ja, man geht in Deutschland dazu über, wie München beweist, und verhaftet 400 Kleingewerbetreibende. Warum ? Deshalb, weil die Gewerbetreibenden das in die Tat umsetzen wollten, was man ihnen jahrelang versprochen hatte. Und es ist selbstverständlich, daß wir zum Ausdruck bringen müssen: Mit Todesurteilen.....

(Zurufe von links an den Herrn Präsidenten: Der Herr Röchling stört die Arbeiter!)

der kann weder mich noch die Arbeit stören, dafür ist er zu dumm.

- Glocke des Vorsitzenden -

Ich sage ausdrücklich, daß man mit Todesurteilen, mit Gefängnisstrafen den Marsch der Arbeitermassen und ihren Kampf nicht aufhalten kann. Auch damit nicht, wenn man mit folgenden Maßnahmen vorgeht: In Berlin-Neukölln hat man acht sozialdemokratische Arbeiter verhaftet, jeden einzelnen in einen Sack gesteckt, die Säcke zugebunden mit Draht und in die Sree gehängt bis die Arbeiter buchstäblich ersoffen waren.

(Zurufe von links: Pfui, hört-hört!)

Das nennt man nationale Erneuerung durch die Deutsche Front.

L H Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4 I

Da sagen wir ganz deutlich: Meine Herren, wenn Sie glauben, daß Sie dadurch den Mut und die Kraft der deutschen Arbeit niederdrücken können, dann werden Sie sich wundern, wenn die Arbeiter in die Tat umsetzen: Es kommt der Tag der Rache. Von dem Gesichtspunkt aus will ich auf einige Dinge im Saargebiet eingehen. Alle, die Sozial-und Nationalverräter drohen uns mit 1935. In Heiligenwald ruft man uns zu: 1935 wird Euch das Genick herumgedreht, in Sulzbach ruft man: 1935 werdet Ihr alle auf dem Marktplatz aufgehängt. In Saarbrücken ruft man uns zu: Wehe 1935, wenn das Volk erwacht. Und wir sagen als Kommunisten: Bis 1935 werden wir und mit uns die Saararbeiterschaft nicht untätig sein. So wie bisher und in noch stärkerem Maße werden wir die Kommunistische Partei täglich und stündlich die Arbeiter mobilisieren zum Kampf für ihre Forderungen im Betrieb und an der Stempelstelle. Wir werden den werktätigen Mittelstand mobilisieren gegen die Steuerlasten, den Bauer gegen die Hypotheken-und Pachtbelastungen und gegen den Zinswucher. Und an dieser von uns organisierten Front werden Sie schreien können, wie Sie wollen "1935". Daran wird die deutsche Front zerschellen. Die Arbeiter werden sich nicht ablenken lassen auf die Abstimmung. Die Arbeiter werden sich nicht von Ihrem parlamentarischen Abstimmungsmanöver beirren lassen. Die Arbeiter werden heute, morgen und alle Tage nicht vergessen, daß, wenn sie Sieger sein wollen, sie täglich und stündlich kämpfen müssen. Nicht "kämpfen" wie man es jetzt alle Sonntage bei den Kriegervereinsveranstaltungen und sonstigen Kameradschaftsvereinen usw. zum Ausdruck bringt. Zu welchem Zweck werden solche Kriegervereins- und sonstigen Veranstaltungen organisiert und was will man erreichen. Man will nicht mehr und nicht weniger erreichen, als daß die Arbeiter noch einmal bereit sein sollen, für solche Leute,wie Röchling und deren Profitinteressen auf blutiger Walstatt zu kämpfen. Und wir als Kommunisten haben es noch nie unterlassen und unterlassen es auch in Zukunft umsoweniger, dem Arbeiter zu sagen: Warum hast Du 1914 - 1918 gekämpft ? Du hast gekämpft für das Füllen der Profitsäcke der Bourgeoisie. Man will den Arbeiter noch einmal an den Kriegskarren spannen, um für die "nationalen Belange" zu kämpfen. Und wie sehen diese "nationalen Belange" aus? Herr Röchling hat Millionengeschenke erhalten von der deutschen Reichsregierung, ein ebenso großes Millionengeschenk von der französischen Regierung. Ich habe schon einmal an dieser Stelle gesagt: Wenn Herr Röchling Millionen verdienen kann, dann hißt er heute die schwarz-weiß-rote Fahne und morgen die Trikolore. Heute schreit er "hurra", es lebe der Militarismus und morgen schreit er, es lebe der französche Franken.

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Ich bitte, den Mitgliedern des Hauses nicht solche Unwahrheiten zu unterstellen und bei der Wahrheit zu bleiben.

Abg. Lorenz fortfahrend: Wenn diejenigen gemeinsam mit den Nationalsozialisten aber glauben, die Arbeiter und Werktätigen im Saargebiet noch einmal dafür gewinnen zu können, so sind sie im Irrtum.

Ich will außerdem auch die Maßnahmen der Regierungskommission einer Betrachtung unterziehen. Sieht man doch hier, wie sie täglich praktischen Anschauungsunterricht liefert und in der Praxis die Terrormaßnahmen der Hitlerregierung im Saargebiet anwendet. Wenn es schon soweit

führt.

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4 I

führt, daß bei den Maßnahmen zur Niederschlagung der Arbeiter, Landjäger Landjäger verhaften, dann ist wirklich das höchste Maß dessen erreicht, was man sich in solchen Dingen noch vorstellen kann. Überlegen Sie sich: In Sulzbach ist eine Vereinsveranstaltung der Elsässer auf der Grube Mellin. Unter den Elsässern ist ein Landjäger in Zivil, sie gehen vom Festplatz zurück nach dem Bahnhof, die Sulzbacher Landjäger greifen die marschierende Kolonne an und verhaften den Landjäger. Auf dem Amt versuchte man, den Landjäger zu verprügeln. Es kommt der Oberlandjäger an, der macht folgende Bemerkung: Wir unternehmen keine weiteren Schritte, sonst könnte uns das von der Regierungskommission aus gefährlich werden.

Wir sagen als Kommunisten: Die Regierungskommission im Saargebiet duldet und fördert den Faschisierungsprozeß im Saarlandjägerkorps, der blauen Polizei und den Terror der Nationalsozialisten. Sollen wir Beweise antreten ? Heute noch ? In Homburg wurden am gestrigen Tag zwei Arbeiter und ein altes Mütterchen von der S.A. geschnappt und über die Grenze transportiert und schwer verprügelt. Das geschieht keine 50 Meter von der Landjägerstation Homburg. Das Auto steht tagelang an jedem Nachmittag dort, undjetzt, wo die Verschleppung geschehen ist, sagen die Landjäger: Wir haben nichts gehört und nichts gesehen.

Betrachten wir uns außerdem das Wüten der Klassenjustiz im Saargebiet. Holen wir heraus einen Vorgang in Güdingen. Was haben die zu jahrelangen Gefängnisstrafen verurteilten Arbeiter getan und womit wurden sie bestraft. Sie haben nichts anderes getan, als im einheitlichen Willen, kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern eine unverschämte Provokation der SA. und SS. abzuwehren. Dafür gibts für einige wenige Arbeiter insgesamt 16 Jahre Gefängnis. Aber Herr Braun, das muß ich Ihnen sagen:Das geschieht im "demokratischen" Saargebiet, im Saargebiet,wo die "Freiheitsfahne" weht, wo sie für die "Erhaltung der Freiheit" kämpfen wollen. So wüten die faschistischen Richter, die von ihrer ebenso faschistischen Regierung eingesetzt und geduldet werden. Und nicht nur Güdingen beweist dies von mir Gesagte. Ich will dabei noch bemerken:Glauben die Herren von der nationalen Front, daß die Güdinger Arbeiter durch ein solches Terrorurteil aber auch nur eine Minute zurückgeschreckt würden von ihrem Kampf um das, was sie sich als Ziel gesteckt haben. Ich kann ruhig im Namen der Güdinger Arbeiter sagen: Es wird der Tag kommen, wo diese Güdinger Arbeiter und die in München verprügelten Zentrumsgesellen gemeinsam in einer Front stehen gegen die "Nationale Front", gegen die Volksausplünderer und Blutsauger.

Vorhin wurde hier von der Domanialschule im Saargebiet gesprochen. Wir sind als Kommunistische Fraktion der Auffassung, daß die Domanialschule überhaupt möglich ist im Saargebiet, meine Herren von der nationalen Konzentration, das ist Ihre Schuld. Wieso, das wollen wir gleich beweisen. Was glauben Sie, was ein Bergarbeiter, was glauben Sie, was ein Metallarbeiter, was glauben Sie, was ein Kleingewerbetreibender tut,dessen Kind man deshalb eine halbe Stunde in der glühenden Nachmittagssonne stehen läßt,stramm, die Hände an der Hosennaht, weil es nicht vorschriftsmäßig "Heil Hitler" gerufen hat. Der Mann, der sich schließlich nicht anders zu helfen weiß, sagt: Mein Kind braucht nicht mehr zu einem solchen Lehrer zu gehen.

Ein anderer Fall. Ein Kind geht nach Hause von der Turnstunde. Es wird nach Kommando gerufen:"Heil Hitler". Ein Kind kommt etwas zu spät bei diesem Kommando. Was geschieht mit ihm ? Es muß 500 mal abschreiben: "Hitler ist der größte Staatsmann seinerzeit."

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4

Ein Arbeiter, dem man die Rente gestohlen hat durch die Maßnahme der Hitler-Regierung, ein Arbeiter, dem man die Rente täglich kürzt, der sagt: Mein Kind kann und darf sich nicht mehr unter einem solchen nationalen verbohrten verhetzten chauvinistisch eingestellten Lehrer am Schulunterricht beteiligen.

Ein anderes Beispiel: Ein Kind kommt in die Schule. Nach seiner eigenen Schilderung hat es schon drei Tage nichts gegessen. Es bricht in der Schule zusammen, und was sagt der Lehrer? Er sagt: " Laßt es liegen, wenn ein solches Kind stirbt, ist nicht viel verloren, dann braucht es die Schmach seines Vaters nicht mehr mitzumachen.

(Rufe: Hört, hört !)

Ein anderer Fall aus dem Kinderheim Schanzenberg. Man will ein Kind zwingen faschistische Lieder zu singen. Was macht man ? Man malt dem Kind ein Hakenkreuz auf und jagt es so durch die Schule. Glauben Sie, daß sich dies der Arbeiter, der unter unserer politischen Führung steht und klassenbewußt ist, gefallen lassen wird. Er wird sich wehren. Und dazu ist die Kommunistische Partei da, sie wird dem Arbeiter helfen, daß er sich wehren kann.

Es hat mich heute gewundert, daß niemand von der "Nationalen Front" seiner Wut gegen die Sowjet-Union Raum und Platz gegeben hat. Manchmal, und das scheint heute der Fall zu sein, übersteigt jedoch die Furcht die Wut. Und das zeitigt dann solche Eingeständnisse, wie sie unlängst die Deutsche Allgemeine Zeitung brachte. Wir müssen einsehen, daß Rußland nicht nur wirtschaftlich die stärkste Macht der Welt ist, sondern auch bald politisch die stärkste Macht darstellen wird. Das ist für uns eine Bestätigung dessen, was wir immer vertreten haben und zugleich ein Ansporn, umso energischer und kühner an der Front der sozialistischen Freiheitsaktion zu kämpfen.

Die Verordnung zur Änderung des Reichsvereinsgesetzes wirkt sich nur aus gegen die Arbeiter und wird von uns abgelehnt.

Ich habe Beispiele genug angeführt über die vielgepriesene Freiheit an der Saar.

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Herr Lorenz, ich bitte zum Schluß zu kommen.

Abg. Lorenz (KP) Ich werde schon zum Schluß kommen.

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Herr Abgeordneter Lorenz, ich bitte nochmals zum Schluß zu kommen.

Abg. Lorenz (KP) fortfahrend: Wir Werktätigen haben nichts von dieser Freiheit als Not, Hunger, Elend und Unterdrückung. Wir werden marschieren und kämpfen für ein rotes Saargebiet in einem freien sozialistischen Räte-Deutschland.

(Bravo-Rufe der Kommunisten)

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Braun!

Abg. Braun (SP): Meine Dame und meine Herren! Die Herren Abgeordneten Martin und Schmelzer von der sogenannten "Deutschen Front" haben sich über angeblichen Druck beklagt, der auf die Gleichgeschalteten des Saargebietes seitens der Regierungskommission, der französischen Bergwerksdirektion usw. ausgeübt werde. Das gibt mir Veranlassung, einmal kurz, aber deutlich herauszustellen, wo der wirkliche Druck im Saargebiet angesetzt und von wem er erzeugt wird.

Ich beginne mit der Politik einiger saardeutschen Kommunen. Da gibt es Gemeinde-und Kreisparlamente, in denen die nicht gleichgeschalteten Parteien boykottiert werden, indem man ihnen die zustehenden Sitze vorenthält, sie zu Beratungen nicht einlädt und sie regelrecht entgegen allen demokratischen Gepflogenheiten mit sturster Brutalität vergewaltigt. In diesen Parteien sind es z.T. wieder besondere Personen, die dadurch geächtet werden sollen, daß man mit der gleichen Vergewaltigung sie aus Aufsichtsräten, Verwaltungsräten, Deputationen usw., wo sie rechtmäßig Sitz und Stimme haben müßten, wiederum entgegen allem demokratischen Proporz, hinausbefördert. Die Zeitungen der gleichen Parteien werden diffamiert und boykottiert, indem man ihnen die Inserate, die Drucksachen und die amtlichen Abonnements entzieht, obgleich ihre Leser nicht weniger gute Steuerzahler sind, als die Gleichgeschalteten.

Den Gipfel dieser Terrorpolitik stellt dann die praktische Beseitigung des Selbstverwaltungsrechtes durch besondere Ausschaltungsmaßnahmen der vom Gesetzgeber gewollten Kommissionsarbeit dar, die durch geheime Besprechungen unter den Gleichgeschalteten mit dem Bürgermeister ersetzt werden, die dann die anderen vor vollendete Tatsachen stellen. Dazu ein Beispiel: Heute nachmittag tagt in diesem Saale die Stadtverordnetenversammlung von Saarbrücken. Einer der wichtigsten Punkte auf der Tagesordnung ist die Wahl von zwei Beigeordneten. Mehr als ein Drittel der gesamten Stadtverordnetenversammlung wird vor die vollendete Tatsache gestellt, daß ohne jede städtische Kommissionsberatung, ohne jede Einsichtnahme in die Bewerbungen, und ohne ihre Befragung dieser wichtige Punkt der Tagesordnung auf die Tagesordnung gesetzt und entschieden wird, nachdem sich die Gleichgeschalteten mit dem Oberbürgermeister unter sich, also unter Umgehung der dafür vom Gesetzgeber gewünschten Kommissionsarbeit, einig geworden sind. Ich könnte ähnliche Beispiele aus der Personal-, der Auftrags- und Subventionspolitik folgen lassen. Aber ich begnüge mich mit folgender Feststellung:

Diese Gleichschaltungspolitik in einer Reihe von saardeutschen Kommunen ist die Sabotage der bisher behaupteten deutschen Selbstverwaltung - eine Sabotage, die insofern weitreichende Folgen haben kann, als sie zweifellos die beste Unterlage für dadurch berechtigt gewordene Eingriffe in die Selbstverwaltung von anderer Seite her liefert. Wenn das geschieht, dann wird wieder ein Gejammer anheben über angebliche Verletzung jener heiligen Selbstverwaltung, die man mit den eigenen Methoden selbst auf das schwerste mißkreditiert und gefährdet hat. Ich will hinzusetzen, daß es natürlich noch Kommunen gibt, die von dieser Kritik nicht getroffen werden.

Das gleiche trifft zu auf den Druck, der in einer Reihe von Schulen des Saargebietes ausgeübt wird. Hier sind heftige Anklagen gegen die französische Schule erhoben worden. Diese Anklagen würden ein ganz anderes Gewicht besitzen,

wenn

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4

wenn sie verbunden wären mit der dringend notwendigen Verurteilung einer einseitig naziotischen Verpolitisierung mancher deutschen Schulen im Saargebiet. Muß ich Sie erinnern, meine Herren von der sogenannten Deutschen Front, an die vielen Belästigungen von jüdischen, marxistischen und ausländischen Kindern ?! Daran erinnern, daß eine Reihe von Tatsachen in den höheren, Volks-und Mittelschulen von nationalsozialistischen Ungeist entsprungen sind, der vom echten und wahren deutschen Geiste ebenso entfernt ist, wie vom echten Völkerbundsgeist. Glauben Sie, daß wir die seelische Strangulierung saarländischer Jugend in gewissen saarländischen Schulklassen, der ein beispielloser Skandal ist, uns widerspruchslos gefallen lassen würden ?!
Erst wenn Sie, meine Herren von der soganannten "Deutschen Front" diese Kulturschande für das wahre Deutschtum in den deutschen Saar-Schulen beseitigen, begründen, dann erhalten Sie die moralische Qualifikation zu Attacken gegen die französische Schule.

(Zurufe links: Sehr gut !)

Und genau das gleiche gilt von der Betätigung der Jugend außerhalb der Schulzeit, und ich beneide das Zentrum wirklich nicht darum, daß es heute gefesselt in der undeutschen Hitlerfront mit zusehen muß, wie auch seine eigene katholische Jugend ganz einseitig unheilvoller naziotischer Beeinflussung mit allen Druckmitteln der Schule ausgesetzt ist. Ich betonte schon, daß das natürlich nicht für alle Schulen und alle Schulklassen zutrifft, aber für einen erheblichen Teil ist es leider wahr.

Ich verzichte darauf, zu dem bereits Angeführten noch in eine kritische Betrachtung der Exekutive, der Rechtspflege und der Verhältnisse der Eisenbahn und Post einzutreten, aber ein Wort muß ich Ihnen noch sagen zu jenem ungeheuerlichen Fall von Menschenjagd, wie er sich am vergangenen Samstagabend im Saargebiet zugetragen hat:

Die, die da in das Saargebiet eingefallen sind, das sind dieselben Banditen, die in der Pfalz die Priester der katholischen Kirche schlimmer behandelt haben, denn gemeine Verbrecher, die den Gesellentag geprügelt, die den Prälaten Ulitzka geohrfeigt und die den katholischen Gottesdienst solange gestört haben, bis er geschlossen werden mußte. Das sind dieselben Unmenschen, die unsere Arbeitsbrüder schlimmer behandeln als das geschundenste Stück Vieh. Wir hoffen und erwarten, daß gegen diese Elemente der Unsicherheit nunmehr für einen durchgreifenden und ausreichenden Schutz der Saarbevölkerung, wie er ihr in den Verträgen garantiert ist, Sorge getragen wird. Wir verspüren nicht die allergeringste Lust, wehrlos den Überfällen eines Terrorismus ausgesetzt zu sein, den Chamberlain eine " hysterische Tobsucht" genannt hat.

Der Herr Abgeordnete Schmelzer hat sich über die Presseverbote der Regierungskommission beschwert. Leider habe ich in dieser Erklärung kein Wort des Protestes gehört gegen das Verbot von sechs saarländischen Zeitungen durch die Regierung Hitler.

(Zurufe links: Sehr richtig !)

Wenn dieses Verbot, es wiederholt sich hier auf dem Gebiet der Pressefreiheit der sattsam bekannte Vorgang, daß die Hitleriden außerhalb der Hitlerherrschaft nach jenen Prinzipien schreien, die sie innerhalb ihrer despotischen Diktatur

zu

LTA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4 I

zu gewähren nicht bereit sind.
Herr Schmelzer ist empfindlich für die Wahrheiten, die wir leider gezwungen sind, der "Hausordnung des"Dritten Reiches" jeden Tag, nicht durch unsere Schuld, zu sagen. Er empfiehlt der Regierungskommission, gegen uns vorzugehen, weil wir uns eine - übrigens an der Furchtbarkeit des Geschehens noch viel zu bescheidene - Kritik an der Naziregierung erlauben. Er begründet dieses Vorgehen gegen uns damit, daß es sich um die Regierung eines Landes handele, zu dem die Saarbevölkerung zurückkehren wolle. Aber darf ich fragen, Herr Schmelzer,was hat denn dieses Terrorregiment mit dem Lande mehr zu tun, als daß es dieses Land vergewaltigt und maßlos unterdrückt? Was hat Deutschland, was hat die Nation, was hat unser deutsches Volk mit einer braunen Okkupationsarmee gemeinsam,die es dem verbrecherischen Sadismus der braunen Horden wehrlos ausliefert? Wer dieses Land schmäht, wer die Nation angreift, wer unser Volk mißachtet - der trifft uns! Aber ist Hitler gleich Deutschland, ist Göring gleich Preußen, ist Epp gleich Bayern und ist die Herrschaft der "hysterischen Tobsucht" identisch mit den großen kulturellen und ideellen Qualitäten des deutschen Volkes ?

Warum reden Sie von Freiheit an der Saar, wo nichts anderes Ihre Absicht ist, als die Saar möglichst bald restlos unfrei zu machen ? Wir hören von Ihnen keinen Protest gegen die täglichen Meuchelmorde, Raub, Totschlag, viehischstem Sadismus, gegen Konzentrationslager, gegen Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, gegen den Diebstahl an deren Vermögen und gegen die langsame Abschlachtung verdienstvoller Volksgenossen, die nicht nur vier Jahre im Schützengraben ihre Pflicht getan, sondern auch 14 Jahre lang einem Staate aufopfernd gedient haben, den sie aus dem katastrophalen Zusammenbruch der Monarchie mit unsäglicher Mühe wieder aufzubauen begannen. Warum finden Sie da kein Wort des Protestes, warum geht ein Teil von Ihnen, dessen Glaubensgenossen drüben in der schamlosesten und unmenschlichsten Weise behandelt worden sind, jetzt mit den Henkern der eigenen Kameraden in eine Front, die vom undeutschen Faschismus mit seiner schweren Sabotageschuld gegenüber den Grenzlanden geführt wird ?

Der Abgeordnete Lorenz von der Kommunistischen Partei hielt mir das Urteil im Güdinger Landfriedensbruch vor mit der Bemerkung, das sei die Justiz des von mir als "demokratisch" bezeichneten Saargebietes. Ich will das Güdinger Urteil, zudem ich mich schon deshalb nicht äußere, weil das Verfahren noch in der Berufungsinstanz läuft, keineswegs decken, aber glaubt Herr Lorenz nicht auch, daß die gleichen Arbeiter im Dritten Reich ganz anders, vielleicht gar mit dem Tode nach den neuesten Göring'schen Gesetzen bestraft worden wären, wenn sie statt hier, dort drüben verurteilt worden wären.

(Zuruf des Abg. Wilhelm(Z): Mit Ihnen wird das Gericht sich auch noch beschäftigen!)

(Zuruf des Abg. Hey(KP): Jetzt ist er wach geworden!)

Ja, ich weiß, ich werde gehenkt.

- Glocke des Vorsitzenden -

rsitzender: Herr Abgeordneter Hey, Sie stören die Ordnung.

(Widerspruch des Abgeordneten Hey)

Vorsitzender:

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

Vorsitzender: Herr Abgeordneter Hey, ich rufe Sie zum zweiten Mal zur Ordnung.

Abg. Braun (SPD) fortfahrend: Das soll keine Parteinahme für die Saargebietsjustiz sein, aber eine Parade gegen eine ungerechtfertigte Verschiebung des Kampffeldes.

Seitdem Hitler auf dunklen Wegen die Macht in die Hand gespielt wurde und seitdem Deutschland von der viehischsten Betialität brutalisiert wird, müssen wir uns immer wieder in den Landesratssitzungen in keineswegs immer erfreulichen aber leider notwendigen Debatten mit jener besonderen Aufgabe befassen, die angesichts der Fesselung Innerdeutschlands den noch außerhalb der Hitler-Einflußsphäre stehenden Grenzgebieten zufällt. Was hier gesagt werden muß, richtet sich nicht gegen Deutschland, nicht gegen sein Volk, nicht gegen seine Nation, denn das wahre und echte und unverfälschte Deutschtum, das Deutschland Goethes, Kants, Marxs, Engels, das sind wir selbst. Alles, was wir an Sammlung der Kräfte und an Kampfmaßnahmen in der antifaschistischen Front aufbieten, das kennt nur einen Feind: das braune Blutregiment, und das alles hat eine große Liebe: Deutschland, wie es einmal sein wird nach der Bezwingung der Hitler-Katastrophe durch die Kraft, die wahre Einigkeit und seine spezielle kulturelle Berufung im Leben der Völker.

(Beifall von Sozialdemokraten!)

Vorsitzender: Die Sitzung ist geschlossen (11 Uhr 50 Minuten).

-

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4